

„Die EU kann keine Sicherheit garantieren“

Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts im Louis-Bührer-Saal - Auf dem Podium werden unterschiedliche Meinungen laut

VON FRANK KLEIN

Krieg, Corona, Klimawandel, Inflation: Europa steckt in einer tiefen Krise, wieder einmal. „Wir werden versuchen, diese schwierige und besorgniserregende Situation zu analysieren“, sagte Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), als er am Donnerstagabend die Gäste der dfi-Jahrestagung begrüßte.

Mit Sylvie Goulard, ehemalige Europaabgeordnete und jetzige Vizepräsidentin der Banque de France, Christophe Arend, bis vor Kurzem Mitglied der französischen Nationalversammlung für die Region Moselle, und Guntram Wolff, derzeit noch Direktor der Brüsseler Denkfabrik Bruegel-Institut, standen Baasner bei seiner Analyse im gut besuchten Louis-Bührer-Saal in den kommenden anderthalb Stunden hochkarätige Gäste zur Seite.

Wichtige Fortschritte in der EU

Sie sei Optimistin, betonte die an Corona erkrankte Goulard, die wie Wolff per Live-Schaltung an der Jahrestagung teilnahm. Die Zukunft Europas wollte sie denn auch nicht allzu schwarzmalen. Immerhin verfügten die EU-Staaten über 70 Jahre Erfahrung in der supranationalen Zusammen-



Auf dem Podium (von links): Guntram Wolff, Christophe Arend, Frank Baasner und Sylvie Goulard. Foto: Andreas Becker

arbeit und seien in der Lage, auf Krisen angemessen zu reagieren.

Die EU-Kommission habe schon vor dem drohenden Stopp der russischen Gaslieferungen die Notwendigkeit der Energiewende erkannt. Und unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft seien zuletzt wichtige Fortschritte in der Gesetzgebung erzielt worden. „Es wurde zum Beispiel vereinbart, welche sozialen Standards die Unternehmen veröffentlichen müssen“, so Goulard. „Darüber wird nicht viel geredet. Aber das ist wichtig für die Unternehmen, gerade auch in Baden-Württemberg.“

Als positives Zeichen wertete Goulard den gemeinsamen Be-

such der Staatschefs Olaf Scholz, Emmanuel Macron und Mario Draghi in der Ukraine. „Ich hoffe, dass dieser Besuch die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit bildet.“ Aus ihrer Sicht bestehe Anlass zu Optimismus: „Wir sollten selbstsicherer sein und mehr betonen, dass die gemeinsame Arbeit Früchte trägt.“ Allerdings fügte sie mit Blick auf die Differenzen mit den osteuropäischen EU-Staaten hinzu: „In Zeiten der geopolitischen Bedrohung müssen wir unsere Werte viel stärker als bisher verteidigen. Und vielleicht müssen wir etwas erfinden, damit einzelne Staaten mit ihrem Vetorecht nicht alles blockieren können.“

Die östlichen EU-Länder hätten eine eigene Geschichte, so dagegen der gelernte Ökonom Wolff. Die Ukraine habe gezeigt, dass Frankreich und Deutschland die Bedrohung durch Russland lange nicht wahrgenommen hätten. „In den baltischen Staaten oder in Warschau schaut man mit Argwohn darauf, was in Paris und Berlin entschieden wird“, so Wolff. Die EU werde nicht als Schutzmacht ernstgenommen, das habe der jüngste Nato-Beitritt von Schweden und Finnland bewiesen. „Die EU kann keine Sicherheit garantieren, daran müssen wir arbeiten.“

Die Hilfen für die Ukraine seien in den östlichen Staaten als

unzureichend wahrgenommen worden, meinte Wolff, „und im Vergleich zu unserer Wirtschaftsleistung sind diese Hilfen auch nicht wahnsinnig groß“. Europa arbeite beim Thema Ukraine zwar „relativ eng zusammen“, räumte der Ökonom ein. „Aber die Beschlüsse reichen nicht aus, damit die Ukraine den Krieg gewinnt.“

„Keine Geschäfte mit Russland“

Das sei aus europäischer Sicht aber die einzige Option. „Mit einem schlecht ausgehandelten Waffenstillstand werden wir noch weniger Geschäfte mit Russland machen, und das wollen wir nicht“, meinte Wolff. „Mit dem jetzigen Russland werden wir überhaupt keine Geschäfte machen – wir müssen auf Veränderungen in der russischen Gesellschaft hoffen.“

Ex-Abgordner Arend lenkte den Blick auf seine direkt an der deutschen Grenze gelegene Heimatregion Moselle. Viele Menschen in seinem Wahlbezirk arbeiteten in Deutschland, für sie seien die Grenzschließungen in der Coronakrise ein Schock gewesen. Arend: „In einem Schengen-Raum, in dem man sich frei bewegen kann, darf es nie wieder geschlossene Schlagbäume geben.“